

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	42. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. September 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

24.

Punkt 24 der Tagesordnung: Erläuterung der Sachlage des Aufzugs in Karlsruhe zum G-20 Gipfel

Antrag: CDU

Vorlage: 2017/0494

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf und verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Döring (CDU): Wie viele von Ihnen schon mitbekommen haben, wäre dieser Antrag eigentlich als Anfrage viel besser aufgehoben. Jedoch ist aus Sicht meiner Fraktion dieses Thema an dieser Stelle so wichtig, dass wir dazu unsere Stimme erheben wollen. Wir praktizieren in Karlsruhe eine sehr friedliche Protestkultur, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht und sich voll umfänglich zur Versammlungsfreiheit bekennt. Nun hatten wir in den letzten Jahren öfter das Beispiel, dass, kaum wenn vier Herren mit Kurzhaarfrisur und Reichskriegsflagge durch die Straßen unserer Stadt ziehen, sich viele zurecht, auch reflexartig, zu diesen Themen bekennen und natürlich verurteilen, dass solche rassistischen Parolen und menschenfeindliches Gedankengut, auf unseren Straßen breitgetragen werden. Die CDU-Fraktion möchte auf gar keinen Fall, dass unsere Straßen für die Verbreitung dieses hässlichen Gedankenguts hergegeben werden, und dass wir hier nicht das Forum bieten, politisch motivierte Straftaten zu begehen. Das wollen wir hier einfach nicht.

Jetzt ist es aber in diesem Land leider so, dass wir nicht nur braune Nazis haben, sondern auch rote. Kaum marschieren bei uns Linksextremisten durch die Stadt und skandieren ähnliche Parolen, dann hören wir kaum etwas, dann interessiert es relativ wenige. Dieser Vorfall, den wir hier in unserem Antrag dargestellt haben, das ist ja nur die Spitze des Eisberges. Wir haben sehr häufig den Fall, dass in dieser Stadt unter dem Deckmantel des Antifaschismus irgendwelche Gruppen Parolen skandieren, die offensichtlich Ausdruck einer berufsgruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind. Ich per-

sönlich gehöre zu so einer Berufsgruppe, denn allzu häufig sind wir Ordnungshüter die Leidtragenden dieser ganzen Sachen. Sie haben es beim G-20-Gipfel gesehen, dass auch Polizeivollzugsbeamte und andere Ordnungshüter sich tagtäglich mit ihrer Gesundheit und Leib und Leben dafür einsetzen, unsere Werte und unseren Rechtsstaat zu schützen. Wenn Sie sich das jetzt noch mal in Erinnerung rufen, einige von Ihnen haben abends die Bilder im Fernsehen gesehen, wie dieser Mob von linken Chaoten durch die Stadt gezogen ist und weder Respekt vor dem Eigentum, noch Respekt vor Leib und Leben der Bürger hat. Sie sehen, wie Autos mit bengalischen Fackeln angezündet werden und auf einmal stellen Sie fest, wenn Sie im Wohnzimmer sitzen, das ist ja gar nicht Dolby Surround. Sie sehen aus dem Fenster und ein ähnlicher Mob zieht an ihrem Haus vorbei, und Sie hoffen, dass ihr Kleinwagen nicht angezündet wird.

Das ist ein Zustand, an den meine Fraktion und ich sich um Himmels willen nicht gewöhnen möchten. Das war jetzt nicht nur einmal der Fall, sondern auch nach der Schließung von linksunten.indy.media.org, das ist eine Onlineplattform, die gezielt zu politisch motivierten Straftaten aufruft, und die Täter im Einzelnen sogar schützt. Am selben Abend zog abermals ein gleicher Mob durch unsere Straßen und skandierte solche menschenfeindlichen Parolen. So etwas möchten wir in dieser Stadt nicht haben, weil genau diese Linksautonomen unsere Art und Weise wie wir zusammenleben, bekämpfen.

Was mir und meiner Fraktion fehlt, ist, dass diese kriminellen Handlungen leider von einer breiten politischen Mehrheit nicht mit einem Aufschrei gewürdigt werden. Hierzu hört man gar nichts, auch nicht von den anderen Fraktionen, das wird einfach hingenommen. Ich könnte mich jetzt fragen, woran das liegt, ich könnte jetzt einige Sachen unterstellen, aber ich stelle einfach mal ganz sachlich und rational fest, dass es Mitglieder in diesem Gremium gibt, die zu solchen Gruppen Kontakte pflegen, wo man sich regelmäßig trifft, gemeinsam Zeichen gegen die braune Brut setzt, man klopf sich gegenseitig auf die Schulter, aber man weiß nicht, mit wem man diesen Schulterschluss übt.

Das war letztlich am Tag der deutschen Zukunft so, auch beim Auftritt einer bestimmten Musikgruppe, bei einem größeren Fest, das ich hier nicht näher bezeichnen möchte oder auch bei manchen Sachen, wie der Umbenennung des Netzwerkes Links gegen Rechts. Ich habe langsam wirklich den Eindruck, dass dieser Gemeinderat auf dem linken Auge blind geworden ist. Mir bleibt letztendlich nichts anderes, als den Menschen, die tagtäglich ihren Kopf für diese verlogene politische Haltung hinhalten, Danke zu sagen. Die CDU zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung zufrieden, auch wenn der Sachverhalt äußerst zu bedauern ist. Wir sehen den Antrag somit für erledigt.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Vielen Dank Herr Döring, dass Sie meine und unsere Vermutung schon in Ihrem ersten Satz bestätigten, dass Sie etwas, das eigentlich eine Anfrage sein sollte, zu einem Antrag aufpeppen, um der ganzen Sache mehr Gewicht zu verleihen, das ist schon mal der erste Punkt. Ich möchte mich im Folgenden gerne an Ihren Antrag und das Lokale halten. Nur noch einen Satz dazu, diese inflationäre Nazisfaschismusbegriffe über alles auszubreiten, ich möchte mit Ihnen jetzt nicht über den Begriff Linksfaschismus oder linke Nazis diskutieren, aber ich bitte einfach um Vorsicht bei solchen Dingen, das ist nämlich genau die Pauschalisierung von historischen Begrif-

fen, vor denen sonst immer, auch von Ihnen und ihrer Fraktion, gewarnt wird, und Sie tun genau das. Ich bitte einfach um Vorsicht. Zum konkreten Lokalen, und da muss ich mir meinen Satz auch selber anschauen, weil es tatsächlich um Ihren Antrag geht. Im Nachhinein zu fragen, ob die Stadtverwaltung von diesem Vorgang wusste und wenn sie nicht davon wusste, ob der beschriebene Aufzug im Falle eines angenommenen theoretischen Wissens genehmigt worden wäre, ist maximal von der Satzkonstruktion her interessant. Man muss, und dann komme ich doch wieder zu dieser allgemeinpolitischen Situation, über die Sie sprechen, man muss nicht auf jeden vorbeifahrenden Zug springen, und ich möchte ganz einfach dafür werben, dass wir gerade im Zuge bestimmter politischer Entwicklungen, nicht auf den Populismuszug aufspringen. Letzter Satz ganz konkret, wieder aus Ihrem Antrag.

Aus einer zugegebenermaßen wohl überraschenden, ich habe sie nicht bemerkt, aber es ist in ka-news.de und in anderen Medien auch zu lesen gewesen, aus einer wohl überraschenden, vielleicht auch irritierenden und lautstarken Aktion von dreißig Leuten - ich zitiere Sie – „eine Störung, Verängstigung, Verunsicherung, und Eigentumsgefährdung von vielen Bürgerinnen und Bürgern zu machen“, scheint mir von der Tatsache - ich zitiere wieder – „dass es keine Straftaten im Zusammenhang mit diesem Aufzug gegeben hat“, wirklich überzogen. Deswegen schließen wir uns auch der Stellungnahme der Verwaltung an, aber vor allem deswegen, weil sie so schön lapidar ist.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Nur ganz kurz, wenn Sie das als Anfrage gestellt hätten, dann hätten Sie einfach nur die Antwort bekommen, es sind dort keine Straftaten passiert, aber es ging Ihnen gar nicht um diesen Vorfall, sondern es ging Ihnen darum, mal auszuholen, um in diesem Hause gegen die Linken zu wettern. Es ging Ihnen auch nicht um das Thema. Bei diesem Aufmarsch beziehungsweise bei diesen dreißig Leuten, denen ging es nicht um Politik gegen Rechts, sondern denen ging es um diesen G-20-Gipfel. Sie haben aber angefangen, sich mit den Protesten gegen die Rechten hier zu beschäftigen, also aus meiner Sicht ging es Ihnen nicht um bestimmte Themen oder ob jetzt ein Protest gegen Rechts gerechtfertigt ist, sondern ich habe den Eindruck, Sie wollen hier gegen Links polemisieren. Sie haben Anwesenden hier unterstellt, dass sie Kontakte zu bestimmten Gruppen pflegen, ohne dafür irgendwelche Beweise oder sonst etwas zu haben, das finde ich einfach nur diskriminierend, das finde ich einfach nur eine Unterstellung und von roten Nazis zu sprechen, dagegen wollen wir uns allen Ernstes verwehren, das wollen wir hier in diesem Hause nicht hören, das ist für uns AfD-Jargon.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich habe nicht verstanden, warum das nicht eine Anfrage war, aber ich brauche wahrscheinlich auch nicht alles zu verstehen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Zum selben Thema, die Antragsstellung ist ein hohes Gut, so hoch, dass wir keine Anträge stellen dürfen. Dann finde ich es nicht fair, dass Ihr von der CDU das missbraucht und sagt, wer kann, der kann. Also entweder ist eine Anfrage eine Anfrage und ein Antrag ein Antrag, und wenn man das nicht unterscheiden kann, müssen wir noch mal darüber reden. Aber wenn eine deutliche Anfrage gestellt ist, und es als Antrag behandelt wird, dann finde ich es auch von der Verwaltung nicht gerechtfertigt. Da bitte ich wirklich zu unterscheiden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Von meiner Seite nur einen Satz dazu. Man stelle sich nur mal vor, es wären keine Linksextremen, sondern Rechtsextreme gewesen.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt gerne mal für die Polizei, die nicht im Raum ist, und auch für uns als Verwaltung feststellen wollen, dass wir an dieser Stelle keine Unterschiede machen, wenn dort menschenfeindliche Parolen gegrölt werden. Das Problem hier war hier offensichtlich, dass man nicht wusste, dass das passiert. Ich habe davon ehrlich gesagt, bis ich das heute gelesen habe, nichts mitbekommen, und finde es schwierig dann daraus abzuleiten, dass die Anfrage oder der Antrag jetzt hier kein Statement enthält, dass jetzt pauschal alle auf diesem Auge blind sind. Sie wissen, ich führe eine relativ heftige Diskussion mit dem Netzwerk gegen Rechts und die G-20-Vorgänge sollten eigentlich noch mal dazu führen, dass man sich mit der bundesweiten Vereinigung interventionistische Linke etwas intensiver auseinandersetzt und nicht immer nur so tut, als würde ich hier spinnen, und zwar unabhängig von den einzelnen Personen vor Ort, denen ich ihre Friedfertigkeit gar nicht absprechen will. Aber man gehört eben einer bundesweiten Organisation an, die auch im letzten Verfassungsschutzbericht wieder sehr detailliert und auch sehr kritisch betrachtet wurde. Das sind die Diskussionen, wo ist die Grenze zwischen dem, wo man dann auf entsprechenden Demonstrationen oder Netzwerken zusammen arbeitet, und wo ist sie nicht. Wir werden hier nie eine für alle zufriedenstellende Grenze ziehen können. Aber diese Diskussion sollten wir, jetzt gerade nach G-20, führen, da bin ich völlig bei Ihnen, aber ich glaube dieser Aufzug und vor allem die Antwort zeigt es ja, der bietet grundsätzlich keinen Anlass Demokratiedefizite als Beleg zu betrachten. Sie haben Ihre Begründung auch nicht nur auf diesem Zug, sondern auch auf andere Dinge begründet, aber dann lassen Sie uns bitte zu gegebener Stelle schauen, wo wir die Grenze ziehen. Ich halte auch noch nicht für ausdiskutiert. Ich bin da immer noch sehr unzufrieden, insofern muss ich zumindest für die Verwaltung und für mich persönlich diesen pauschalen Vorwurf, wir seien da irgendwie auf irgendwelchen Augen blind, von mir weisen. Sehen Sie mir das bitte nach. Dann sind jetzt aber alle zufrieden oder unzufrieden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
6. Oktober 2017